

Die Republikaner blasen zum Generalangriff auf die ohnehin nicht besonders einflussreichen US-Gewerkschaften.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 007/11 – 12.01.11

Verarmte US-Bundesstaaten ändern ihre Gesetze, um die Rechte der Gewerkschaften beschneiden zu können

Von Steven Greenhouse

THE NEW YORK TIMES, 03.01.11

(<http://www.nytimes.com/2011/01/04/business/04labor.html>)

Konfrontiert mit wachsenden Haushaltsdefiziten und säumigen Steuerzahlern, drängen Gouverneure von Maine bis Alabama und von Ohio bis Arizona auf neue Gesetze, mit denen sie Macht der Gewerkschaften einschränken können – besonders die Macht der Gewerkschaften, die Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Tarifverhandlungen und politischen Auseinandersetzungen vertreten.

Gouverneure aus beiden Parteien suchen nach Wegen, um die Gehälter und die Renten von Regierungsangestellten zu kürzen, die in der Regel einen bedeutenden Prozentsatz der Staatshaushalte ausmachen. So wird zum Beispiel erwartet, dass der neue demokratische Gouverneur Andrew M. Cuomo des Staates New York am Mittwoch ein einjähriges Einfrieren der Gehälter der Staatsbediensteten verkünden wird, womit er etwa 400 Millionen Dollar einsparen und gleichzeitig den traditionell starken Einfluss der Gewerkschaften in seiner Hauptstadt Albany schwächen könnte.

In einigen Staaten mit meistens republikanischen Gouverneuren und republikanischen Parlamentsmehrheiten will man aber noch viel weitergehende, strukturelle Änderungen durchsetzen, mit denen man die Macht und den politischen Einfluss der Gewerkschaften auch in der Privatwirtschaft schwächen könnte.

So planen zum Beispiel republikanische Abgeordnete in Indiana, Maine, Missouri und sieben weiteren US-Bundesstaaten Gesetze, die es auch den in der Privatwirtschaft aktiven Gewerkschaften verbieten sollen, Arbeiter, die sie vertreten, zur Zahlung von Mitgliedsbeiträgen und Gebühren zu zwingen; damit würde natürlich der Geldzufluss in die Gewerkschaftskassen stark verringert. In Ohio will der neue republikanische Gouverneur, wie das in anderen Staaten bereits geschehen ist, den Lehrern an staatlichen Schulen das Streiken verbieten.

Einige neue Gouverneure, vor allem Scott Walker in Wisconsin, drohen sogar damit, Regierungsangestellten das Recht auf die Bildung von Gewerkschaften und das Aushandeln von Tarifverträgen ganz wegzunehmen.

"Wir können nicht länger in einer Gesellschaft leben, in der die Staatsangestellten sichere Gehälter auf Kosten verarmer Steuerzahler beziehen," sagte der Republikaner Walker in einer Rede. "Wir werden alle gesetzgeberischen Möglichkeiten nutzen, um die Steuerzahler wenigstens in diesem Bereich zu entlasten."

Viele der gemachten Vorschläge werden wahrscheinlich niemals zu Gesetzen. Aber die realisierten Vorhaben, werden zumindest den Einfluss der Gewerkschaften auf die Wahlen reduzieren – mit Auswirkungen auf beide Parteien.

Bei den Zwischenwahlen im Jahr 2010 gewannen die Republikaner sieben Gouverneurs-Posten dazu und haben jetzt die parlamentarische Mehrheit nicht mehr nur in 14, sondern in 26 US-Bundesstaaten. Dieser Umschwung hat die Gewerkschaften so stark in die Defensive gebracht, wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Aber nicht nur die Republikaner wollen die Gewerkschaften zügeln. Außer dem republikanischen Gouverneur Cuomo des Staates New York will auch Jerry Brown, der neue demokratische Gouverneur Kaliforniens, die Einkünfte seiner Regierungsangestellten überprüfen, weil ihm in den nächsten 18 Monaten 20 Milliarden Dollar in seinem Staatshaushalt fehlen.

"Wir werden auch unser Rentensystem durchleuchten müssen, um sicherzustellen, dass die Renten transparent und versicherungstechnisch solide und fair sind – für die Rentner und die Steuerzahler," sagte Brown in seiner Eröffnungsrede am Montag.

Viele der Staatsvertreter, die eine Veränderung der die Gewerkschaften betreffenden Gesetze wollen, behaupten, das Gleichgewicht wieder herstellen zu müssen, weil die Gewerkschaften zu mächtig geworden seien, mit ihren gut gefüllten "Kriegskassen" zu viel Einfluss auf die Wahlen nähmen und mit ihren teuren Rentenvereinbarungen die Staatskassen plünderten.

Die Gewerkschaftsführer sehen diese Bemühungen vor allem als politische Vergeltungsmaßnahmen an, mit denen sich die Republikaner dafür rächen wollen, dass die Gewerkschaften bei den Zwischenwahlen 200 Millionen Dollar ausgegeben haben, um den Sieg republikanischer Kandidaten zu verhindern.

"Ich sehe das als Rache für unser Verhalten bei den Zwischenwahlen 2010 an," erklärte Gerald W. McEntee, der Präsident der American Federation of State, County and Municipal Employees (der Amerikanischen Vereinigung der Staats-, Bezirks- und Kommunalbediensteten, s. <http://www.afscme.org/>). Im Oktober 2010 hatte McEntee mitgeteilt, seine Gewerkschaft habe mehr als 90 Millionen Dollar für Wahlspenden ausgegeben, die größtenteils an Demokraten gingen.

"Deshalb tragen wir jetzt eine Zielscheibe auf unserem Rücken, über die uns die Republikaner Schmerzen zufügen wollen," meinte er.

In einer internen Mitteilung warnte die American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations / AFL-CIO (der mitgliederstärkste Gewerkschaftsdachverband der USA und Kanadas, s. <http://www.aflcio.org/>) davor, dass republikanischen Mehrheiten in 16 Bundesstaaten vorhätten, Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes finanziell an die Leine zu legen, indem sie ihnen gesetzlich vorschreiben wollen, ihre Mitglieder darüber bestimmen zu lassen, ob deren Beiträge für politische Zwecke benutzt werden dürfen.

"Auf lange Sicht werden die genannten Maßnahmen die Gewerkschaften in den finanziellen Ruin treiben, und sie werden sich auflösen müssen," sagte Charles E. Wilson, ein Juraprofessor an der Ohio State University.

Von allen neuen Gouverneuren scheint der Republikaner John Kasich in Ohio den umfassendsten Angriff auf die Gewerkschaften zu planen. Er hat vor, den 14.000 vom Staat bezahlten Kindergärtnerinnen/innen und Sozialarbeitern/innen das Recht zu nehmen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Er will auch den Lehrern das Streikrecht nehmen, das einige andere Staaten schon den Polizisten und den Feuerwehrleuten genommen haben.

"Wenn sie streiken wollen, sollte man sie feuern," sagte Kasich in einer Rede. "Sie haben gute Jobs, sie werden gut bezahlt, sie haben auch noch andere Vorteile und gute Renten. Warum sollten sie dann streiken dürfen?"

Kasich will auch eine Bestimmung aufheben, die festlegt, dass Bauarbeiter bei staatlichen Bauprojekten auch dann Tariflöhne erhalten, wenn sie nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Außerdem will er die verbindliche Schlichtung abschaffen, die bei Streitigkeiten zwischen dem Staat und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vorgeschrieben ist.

Gewerkschaftsführer, die betonen, dass Regierungsangestellte keinesfalls überbezahlt sind, befürchten, dass wegen der Wahlerfolge der Republikaner und der vermehrten Urteile der unter der Rezession leidenden Steuerzahler über den öffentlichen Dienst für viele der geplanten Maßnahmen jetzt viel größere Realisierungschancen bestehen, als noch vor einigen Jahren.

In der internen Mitteilung der AFL-CIO an die Gewerkschaftsführer heißt es dazu: "Nach den enormen Verlusten (der Demokraten) bei den Parlamentswahlen in vielen Bundesstaaten werden wir nicht nur vermehrte Angriffe auf die Familien und Gewerkschaften der Beschäftigten erleben, besonders in den ehemals blauen oder violetten Staaten (Staaten mit demokratischer Mehrheit einem ausgeglichenen Stimmenverhältnis zwischen Demokraten und Republikanern), die jetzt total von den Republikanern kontrolliert werden, ist mit massiven Angriffen (auf die Rechte der arbeitenden Bevölkerung) zu rechnen."

Namentlich genannt werden sechs Staaten – darunter auch solche, in denen die Gewerkschaften bisher eine starke Position hatten – in denen die Republikaner jetzt aber nicht nur den Gouverneur stellen, sondern auch die Mehrheit in beiden Häusern des Parlaments haben. Es sind Indiana, Maine, Michigan, Ohio, Pennsylvania und Wisconsin.

Naomi Walker, die für Kontakte zu den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten zuständige AFL-CIO-Direktorin, meinte, viele Wähler lehnten die gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen ab. "Ich denke, die Menschen in diesen Staaten werden fragen, warum ausgerechnet jetzt die Gewerkschaften geschwächt werden sollen, nachdem die Konzerne mehr Macht angehäuft haben, als jemals zuvor," äußerte sie. "Wir haben gegen die Privatisierung der Sozialversicherung und gegen die Verlagerung von Jobs ins Ausland gekämpft und uns um eine bessere Versorgung der Arbeitslosen gekümmert. Für die Republikaner wäre es viel leichter, Erträgliches zu beseitigen, wenn es die Gewerkschaften nicht mehr gäbe."

Gewerkschaftsführer fürchten sich besonders vor der weiteren Verbreitung des "Right-to-Work"-Gesetzes, das bereits in 22 Staaten gilt, die fast alle im Süden oder Westen der USA liegen. (Dieses Gesetzes bestimmt, dass Personen bei der Übernahme einer Arbeit nicht gleichzeitig zum Eintritt in eine Gewerkschaft verpflichtet werden dürfen, s. http://en.wikipedia.org/wiki/Right-to-work_law .) **Nach diesem Gesetz können Gewerkschaften und Arbeitgeber nicht verlangen, dass sich Arbeiter einer Gewerkschaft anschließen und Mitgliedsbeiträge oder Gebühren an die Gewerkschaften bezahlen müssen, um von ihnen vertreten zu werden.**

Die Gewerkschaften beklagen sich darüber, dass auch die nicht bei ihnen organisierten Arbeiter in Betrieben, in denen gewerkschaftlich ausgehandelte Tarifverträge bestehen, in den Genuss der dadurch erreichten Vorteile kommen, ohne dafür etwas bezahlen zu müssen. In den Staaten, in denen das "Right-to-Work"-Gesetz bereits gilt, haben nicht nur die Gewerkschaften weniger Mitglieder, auch die Löhne und Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert.

Die Abgeordneten der Staaten, die das "Right-to-Work"-Gesetz ebenfalls einführen möchten, begründen das auch damit, dass dann eher Investoren anzulocken seien. "Die Leute, die täglich an der Wirtschaftsentwicklung arbeiten, sagen uns, das erste, was wir tun müssten, um Indiana attraktiver zu machen, sei die Einführung des "Right-to-Work"-Gesetzes," erklärte Jerry Torr, ein Vertreter des Staates Indiana, der für die Übernahme dieses Gesetzes eintritt.

Einige Gewerkschaftsführer behaupten, Vorschläge wie die Einführung "Right-to-Work"-Gesetzes, das nur geringe Auswirkungen auf den Staatshaushalt habe, zeigten, dass die Republikaner die Finanznot nur als Vorwand nutzen wollten, um die Gewerkschaften zu schwächen.

"Sie wollen uns fertig machen," sagte Randi Weingarten, die Präsidentin der American Federation of Teachers (der US-Lehrergewerkschaft, s. <http://www.aft.org/>). "Die Leute wollen doch nur die Finanzkrise nutzen, um die Stimme der Beschäftigten zum Schweigen zu bringen und uns jede Möglichkeit zur kollektiven Gegenwehr zu nehmen."

Der American Legislative Exchange Council (der Amerikanische Rat für den Austausch zwischen Gesetzgebern), eine Gruppe, die sich aus republikanischen Abgeordneten und Konzernmanagern zusammensetzt, verbreitet diese Vorschläge in aller Stille von Staat zu Staat, verständigt sich mit E-Mails über die jüngsten Entwicklungen und schlägt Gesetzestexte vor.

Michael Hough, der Direktor der mit dieser Aufgabe betrauten Handelskommission des Councils, erklärte, mit diesen Maßnahmen verfolge man keine politischen Ziele, es gehe nur darum, die angeschwollene Macht der Gewerkschaften zu reduzieren. "Die Staatshaushalte sind wegen der hohen Kosten für die Gehälter und Renten der Bediensteten viel zu stark gewachsen," meinte er. "Deshalb müssen wir uns jetzt damit befassen."

(Wir haben den erstaunlich informativen Artikel aus der ganz sicher nicht besonders gewerkschaftsfreundlichen NEW YORK TIMES komplett übersetzt und mit einigen Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Zu den ersten Maßnahmen der vom deutschen Großkapital an die Macht gehieften Nazis gehörte das Verbot der Gewerkschaften. Die Rechtsradikalen in den USA gehen da etwas geschickter zu Werke. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

January 3, 2011

Strained States Turning to Laws to Curb Labor Unions

By STEVEN GREENHOUSE

Faced with growing budget deficits and restive taxpayers, elected officials from Maine to Alabama, Ohio to Arizona, are pushing new legislation to limit the power of labor unions, particularly those representing government workers, in collective bargaining and politics.

State officials from both parties are wrestling with ways to curb the salaries and pensions of government employees, which typically make up a significant percentage of state budgets. On Wednesday, for example, New York's new Democratic governor, Andrew M.

Cuomo, is expected to call for a one-year salary freeze for state workers, a move that would save \$200 million to \$400 million and challenge labor's traditional clout in Albany.

But in some cases — mostly in states with Republican governors and Republican state-house majorities — officials are seeking more far-reaching, structural changes that would weaken the bargaining power and political influence of unions, including private sector ones.

For example, Republican lawmakers in Indiana, Maine, Missouri and seven other states plan to introduce legislation that would bar private sector unions from forcing workers they represent to pay dues or fees, reducing the flow of funds into union treasuries. In Ohio, the new Republican governor, following the precedent of many other states, wants to ban strikes by public school teachers.

Some new governors, most notably Scott Walker of Wisconsin, are even threatening to take away government workers' right to form unions and bargain contracts.

"We can no longer live in a society where the public employees are the haves and taxpayers who foot the bills are the have-nots," Mr. Walker, a Republican, said in a speech. "The bottom line is that we are going to look at every legal means we have to try to put that balance more on the side of taxpayers."

Many of the proposals may never become law. But those that do are likely to reduce union influence in election campaigns, with reverberations for both parties.

In the 2010 elections, Republicans emerged with seven more governor's mansions and won control of the legislature in 26 states, up from 14. That swing has put unions more on the defensive than they have been in decades.

But it is not only Republicans who are seeking to rein in unions. In addition to Mr. Cuomo, California's new Democratic governor, Jerry Brown, is promising to review the benefits received by government workers in his state, which faces a more than \$20 billion budget shortfall over the next 18 months.

"We will also have to look at our system of pensions and how to ensure that they are transparent and actuarially sound and fair — fair to the workers and fair to the taxpayers," Mr. Brown said in his inaugural speech on Monday.

Many of the state officials pushing for union-related changes say they want to restore some balance, arguing that unions have become too powerful, skewing political campaigns with their large war chests and throwing state budgets off kilter with their expensive pension plans.

But labor leaders view these efforts as political retaliation by Republicans upset that unions recently spent more than \$200 million to defeat Republican candidates.

"I see this as payback for the role we played in the 2010 elections," said Gerald W. McEntee, president of the American Federation of State, County and Municipal Employees, the main union of state employees. Mr. McEntee said in October that his union was spending more than \$90 million on the campaign, largely to help Democrats.

"Now there's a bull's-eye on our back, and they're out to inflict pain," he said.

In an internal memorandum, the A.F.L.-C.I.O. warned that in 16 states, Republican lawmakers would seek to starve public sector unions of money by requiring each government worker to “opt in” before that person’s dues money could be used for political activities.

“In the long run, if these measures deprive unions of resources, it will cut them off at their knees. They’ll melt away,” said Charles E. Wilson, a law professor at Ohio State University.

Of all the new governors, John Kasich, Republican of Ohio, appears to be planning the most comprehensive assault against unions. He is proposing to take away the right of 14,000 state-financed child care and home care workers to unionize. He also wants to ban strikes by teachers, much the way some states bar strikes by the police and firefighters.

“If they want to strike, they should be fired,” Mr. Kasich said in a speech. “They’ve got good jobs, they’ve got high pay, they get good benefits, a great retirement. What are they striking for?”

Mr. Kasich also wants to eliminate a requirement that the state pay union-scale wages to construction workers on public contracts, even if the contractors are nonunion. In addition, he would like to ban the use of binding arbitration to settle disputes between the state and unions representing government employees.

Labor leaders, who argue that government employees are not overpaid, worry that many of these measures have a much better chance of enactment than in previous years because of Republican electoral gains and recession-ravaged taxpayers’ reduced sympathy toward government workers.

The A.F.L.-C.I.O.’s internal memo warned labor leaders, “With the enormous losses in state legislatures around the country, we will face not only more attacks on working families and their unions — we will face more serious attacks, particularly in the formerly blue or purple states that are now controlled by a Republican trifecta.”

It pointed in particular to six states, including several former union strongholds, where Republicans control the governor’s mansion and both houses of the legislature: Indiana, Maine, Michigan, Ohio, Pennsylvania and Wisconsin.

Naomi Walker, the A.F.L.-C.I.O.’s director of state government relations, said many voters would oppose the antiunion efforts. “I think folks in these states are going to ask whether this is the right time to weaken unions when corporations are amassing more power than ever,” she said. “We’ve been fighting against privatizing Social Security and sending jobs offshore and to get the best deal for the unemployed. It would be a lot easier for Republicans if unions weren’t there to throw up these roadblocks.”

Union leaders particularly dread the spread of right-to-work laws, which prevail in 22 states, almost all in the South or West. Under such laws, unions and employers cannot require workers to join a union or pay any dues or fees to unions to represent them.

Unions complain that such laws allow workers in unionized workplaces to reap the benefits of collective bargaining without paying for it. Pointing to lower wages in right-to-work states, unions say the laws lead to worse wages and benefits by weakening unions.

But lawmakers who are pushing right-to-work laws argue that they help attract investment. “The folks who work day-to-day in economic development tell us that the No. 1 thing we

can do to make Indiana more attractive to business is to make Indiana a right-to-work state,” said Jerry Torr, an Indiana state representative who backs such legislation.

Some union leaders say that proposals like right-to-work laws, which have little effect on state budgets, show that Republicans are using budget woes as a pretext to undercut unions.

“They’re throwing the kitchen sink at us,” said Randi Weingarten, president of the American Federation of Teachers. “We’re seeing people use the budget crisis to make every attempt to roll back workers’ voices and any ability of workers to join collectively in any way whatsoever.”

A group composed of Republican state lawmakers and corporate executives, the American Legislative Exchange Council, is quietly spreading these proposals from state to state, sending e-mails about the latest efforts as well as suggested legislative language.

Michael Hough, director of the council’s commerce task force, said the aim of these measures was not political, but to reduce labor’s swollen power. “Government budgets have grown and grown because of the cost of employees’ pensions and salaries,” he said. “Now we have to deal with that.”

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern